

## „Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderung

### Protokoll des 1. Treffens der Arbeitsgruppe Politische Teilhabe/Information

Datum und Uhrzeit: 21. April 2016, 19:30-21:30 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 20

#### Tagesordnung:

- 1 Begrüßung .....1
- 2 Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und des Planungsvorgehens.....1
- 3 Diskussion .....2

#### **1 Begrüßung**

Zum Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Büttner die anwesenden Personen und bedankt sich für deren Interesse. Danach stellen sich Frau Seidl (Behindertenbeauftragte LK Starnberg), Frau Meszaros (Koordination AfMmB) sowie Herr John (Geschäftsführer BASIS-Institut) der Runde vor.

#### **2 Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus der Auftaktveranstaltung und des Planungsvorgehens**

Herr John zeigt zunächst eine kurze Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen der Arbeitsgruppe Politische Teilhabe/Information aus der Auftaktveranstaltung. Anschließend schildert er den Rahmen der Veranstaltung: Demnach wird es insgesamt drei Arbeitsgruppen zum Thema Politische Teilhabe/Information geben. In der heutigen ersten Sitzung soll es um eine Bestandsaufnahme gehen, in der zunächst festgestellt wird, was im Landkreis Starnberg im Bereich der politischen Teilhabe/Information in Bezug auf Menschen mit Behinderung (MmB) gut läuft und was nicht. In der zweiten Runde werden aus diesen Erkenntnissen konkrete Handlungsvorschläge abgeleitet. Darauf aufbauend wird eine ca. 10-seitige Zusammenfassung, der bis dahin erzielten Ergebnisse der Arbeitsgruppe, erstellt. Diese soll als Grundlage für die dritte Runde der Arbeitsgruppe dienen, in der Ergänzungs- und Änderungsvorschläge besprochen werden können. In der endgültigen Entwurfsversion für die Abschlussveranstaltung, in der alle Arbeitsgruppen zusammentreffen und ihre Ergebnisse vorstellen, werden diese Vorschläge dann berücksichtigt und der Bericht ggf. angepasst. Die Protokolle aller Arbeitsgruppen werden auf den Seiten des Landratsamtes Starnberg online gestellt (Internetadresse: siehe Anhang). Somit bestehen umfangreiche Teilnahmemöglichkeiten für alle

Bürgerinnen und Bürger am Aktionsplan mitzuarbeiten und sich über alle Arbeitsschritte auch gruppenübergreifend informieren zu können.

### **3 Diskussion**

Im folgenden Diskussionsgespräch können sich die Teilnehmer jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser ersten Arbeitsgruppe noch völlig beliebig. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

#### **Kandidaturen in Parteien**

Peter Unger (Gemeinderat) betont die Notwendigkeit, dass Menschen mit Einschränkungen sich für Kandidaturen in Parlamenten auf allen Ebenen aufstellen lassen sollen. So können sie Bewusstsein für ihre Belange schaffen und verstärkt Aufmerksamkeit erreichen.

Frau Seibold (SHG Vielfalt) fragt in diesem Zusammenhang Herr Unger und Herr Angerbauer, inwieweit Menschen mit Behinderungen sich in der Politik engagieren können oder ob ihnen hierbei Schwierigkeiten begegnen.

Herr Angerbauer (Gemeinderat) berichtet, dass ihm anfänglich in seiner politischen Laufbahn Zweifel entgegengebracht wurden und er auch selbst verunsichert war, ob er den Herausforderungen Stand halten kann. Er hat sich zunächst mit Themen wie Barrierefreiheit in Sitzungen zurückgehalten, da er eine Stigmatisierung fürchtete und auch nicht auf diese Thematik reduziert werden wollte. Nach und nach merkte er aber, dass es durchaus gut funktionierte. Er fügt an, dass Finanzierungsfragen oft ein wesentliches Umsetzungshindernis für Verbesserungen sind. Allerdings hat er einen Fortschritt in der Bewusstseinsbildung der Menschen konstatiert. Auch er verdeutlicht, dass betroffene Menschen sich unbedingt in der Politik engagieren sollen, um zu einem Umdenken von Zweiflern zu gelangen. Er sieht in dem Aktionsplan eine große Chance, Menschen zu ermutigen sich für Parteien oder Parlamente aufstellen zu lassen.

#### **Perspektivenwechsel**

Herr Unger berichtet von kleinen Fortschritten im Umdenken der Menschen, auch wenn noch viel Luft nach oben sei. Er führt ein Beispiel aus dem Jahr 1978 an. In diesem Jahr haben Menschen in der Diskussion um Barrierefreiheit noch auf hilfsbereite Menschen verwiesen, die Menschen im Rollstuhl doch einfach Treppenstufen hochtragen könnten. Heute hingegen hat man die Wichtigkeit der Selbstbestimmung

und Freiheit der Menschen erkannt, dennoch muss in diesem Bereich noch viel getan werden.

Auch Frau Krott (SHG Ohrmuschel) führt an, dass sich viel bewegt hat, auch wenn man diese Veränderungen oftmals nicht unmittelbar sieht. Als Beispiel benennt sie einen Koffer mit einer induktiven Höranlage, wofür sie sich bedankt, da diese für sie eine Teilhabe an Politik eröffnet und einen enormen Meilenstein für hörbehinderte Menschen bedeutet. Außerdem berichtet sie von regem Interesse in Starnberg an der Gebärdensprache, da sie hierfür eine Einführungsveranstaltung besucht hat und betont die Dringlichkeit fortlaufend derartige Angebote und Aktionstage im Landkreis und in den einzelnen Gemeinden durchzuführen. Weiter dürfen sich betroffene Personen nicht von ihren Anliegen abbringen lassen, sondern sollen immer am Ball bleiben, auch wenn dies nicht immer leichtfällt. Man braucht Geduld und Hartnäckigkeit, um seine Belange durchzusetzen.

Herr Blage (Gehörlosenverband München) skizziert den Verlauf der Gebärdensprache, welche lange Zeit noch verboten war und für welche man jetzt endlich Anerkennung erreicht hat. Theoretisch können folglich auch gehörlose Menschen in der Politik partizipieren, aber dies wird häufig durch Sparmaßnahmen und fehlendes Budget reglementiert.

### **Notwendige Bedarfe**

Frau Krott erwähnt, dass Schriftdolmetscher in politischen Veranstaltungen oftmals gänzlich fehlen. Darüber hinaus fordert sie Power-Point-Präsentationen in Gemeinderatssitzungen, da man somit auch mit verschiedenen Einschränkungen dem Geschehen folgen kann und wichtige Stichpunkte mitlesen kann.

Immer noch fehlen ihrer Meinung nach induktive Höranlagen in öffentlichen Gebäuden. Die SHG Ohrmuschel verleiht ihre Anlage und trifft hier häufig auf Zuspruch von Betroffenen. Herr Langscheid (SHG Ohrmuschel) fügt an, dass sie eine Übersicht erstellt haben, in welcher verfügbare induktive Höranlagen im Landkreis Starnberg vermerkt sind (Übersicht im Anhang).

Gehörlose Menschen benötigen einen Gebärdensprachdolmetscher, um an Veranstaltungen teilzunehmen. Herr Blage zufolge würden sich viele gehörlose Menschen gerne politisch beteiligen und engagieren, können jedoch oftmals nicht an vorbereitenden Kursen und Veranstaltungen teilnehmen, da Dolmetscher fehlen. Deshalb fordert Herr Blage, dass es Anmeldungen für politische Veranstaltungen um die Spalte „Ich brauche einen Gebärdensprachdolmetscher“ ergänzt werden. Andernfalls schlägt er vor, dass ein Budget für persönliche Dolmetscher eingeführt wird, sodass sich Gehörlose Veranstaltungen auswählen können, an welchen sie mit Dolmetschern dann teilnehmen können.

Herr John (BASIS-Institut) fügt in diesem Kontext an, dass Behinderung häufig nur an Mobilitätseinschränkungen geknüpft ist und dass es in diesen Fällen eine Mobilitätshilfe gibt, eine derartige Hilfe wäre auch für Menschen mit anderen Einschränkungen wichtig.

Herr John fordert, dass auch nach der Erstellung des Aktionsplans weitere dauerhaft angelegte Beteiligungsformate geschaffen werden müssen, sodass Menschen mit Einschränkungen sich äußern können und ihre Belange äußern können. Frau Meszaros (Koordination AfMmB) schlägt vor, Workshops – zum Beispiel an der Abschlussveranstaltung oder in den Inklusionscafés – zum Thema „Wie kann ich mich politisch engagieren?“ anzubieten, da viele Menschen gar nicht wissen, welche Voraussetzungen man hierfür mitbringen muss.

### **Vernetzung und Informationsaustausch**

Frau Krott fordert eine zentrale Anlaufstelle, an welcher eine Vernetzung von beispielsweise verschiedenen Gemeinden oder Selbsthilfegruppen stattfindet. Sie

schlägt einen Inklusionsbeirat im Landkreis vor, welcher einzelne Gemeinden anregen soll, nach und nach Beiräte zu gründen.

Herr Angerbauer sieht eine interkommunale Vernetzung, welche einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, als essentiell und als Grundelement weiterer Vorgehensweisen an.

Frau Seidl (Behinderten-Beauftragte Landratsamt STA) verweist an dieser Stelle auf die Inklusionscafés, welche eine tolle Möglichkeit der Zusammenarbeit darstellen, da man sich in Gemeinden zusammentreffen, Bedarfe diskutieren und diese an Gremien und Räten zurückzutragen kann.

Frau Seibold fordert einen Inklusionsbeauftragten für jede Gemeinde.

Frau Sägebrecht wünscht sich mehr Vereine, welche Zusammentreffen und Erfahrungsaustausch ermöglichen.

### **Antragstellungen**

Frau Seibold kritisiert, dass Menschen mit Einschränkungen ab der Geburt immer in Schubladen gesteckt werden müssen, um spezifische Gelder zu erlangen. Sie weist darauf hin, dass ein Kind mit Behinderung in einer Förderschule jedes Jahr eine Begutachtung durchlaufen und jährlich einen neuen Antrag stellen muss.

Um Hilfsmittel zu bekommen, müssen Betroffene stetig Anträge stellen, was für Betroffene und auch für Angehörige ein sehr anstrengender und kräftezehrender Prozess ist. Hier sieht sie dringenden Handlungsbedarf, um politische Teilhabe tatsächlich zu realisieren.

### **Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung**

Herr Langscheid erläutert, dass politische Teilhabe nicht nur durch Parteiangehörigkeit realisiert wird. Vielmehr meint politische Teilhabe für ihn auch die Teilnahme an Veranstaltungen wie einer Arbeitsgruppe, die Mitarbeit in Selbsthilfegruppen oder Vereinen. Betroffene sollen verstärkt von der Politik ihre Belange einfordern und für diese einstehen. Hierfür müssen Menschen mit Einschränkungen aufzeigen was sie brauchen, aber auch sich selbst zeigen und sichtbar machen.

Frau Seidl stimmt Herr Langscheid zu und verdeutlicht, dass Betroffene in Erscheinung treten müssen. Nur so erreichen Menschen ohne Einschränkungen die Chance der Begegnung, können Betroffene kennenlernen und können defizitäre Haltungen aufbrechen. Auch Frau Meszaros betont, dass die Arbeit an dem Aktionsplan für sie

ein riesen Geschenk sei, da man tolle Menschen kennenlernt und durch die Begegnung eigene Hemmschwellen im Kopf abbaut.

Frau Krott führt an, dass Menschen mit Einschränkungen im Vergleich zu Menschen ohne Einschränkungen immer die doppelte Leistung erbringen müssen und nicht einknicken dürfen oder Schwäche zeigen dürfen, um dieselbe Anerkennung zu erlangen.

Inklusion bedeutet für Frau Seibold eine Grundhaltung, die nur durch verstärkte Bewusstseinsbildung in den Köpfen aller Menschen hervorgerufen werden kann. Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt für sie einen Auftrag an die Politik dar, diese umzusetzen und die niedergeschriebenen Rechte zu garantieren. Sie fordert, dass ein politischer Vertreter aus jeder Gemeinde an den Arbeitsgruppen des Aktionsplans teilnehmen sollte. Herr John entgegnet, dass alle Anwesenden auf Politiker und Fraktionen in ihren Gemeinden zugehen sollen und sie zu den Arbeitsgruppen einladen sollen. Auch das Landratsamt wird hier nochmals Einladungen aussprechen.

Durch ihre Arbeit in der Selbsthilfegruppe Vielfalt hat Frau Seibold festgestellt, dass Inklusion keine Lobby hat und die Gesellschaft wenig Interesse an der Thematik aufweist. Sie wünscht sich, dass die Inklusion schon von klein auf in den Kindergärten beginnt und zur Normalität wird, da ansonsten die Barrieren in den Köpfen der Menschen nicht abgebaut werden.

Herr Deserno (IWL) zeigt auf, dass keine Vertreter aus Rundfunk oder Presse anwesend sind und folgert hieraus, dass das Thema Inklusion nicht präsent in den Köpfen der Menschen verankert ist.

Frau Stephanskirchner (Dominikus-Ringeisen-Werk Breitbrunn) und Herr Deserno appellieren, dass Menschen mit geistiger Behinderung nicht vergessen werden dürfen, da häufig Behinderung nur als Körperbehinderung in den Köpfen der Menschen festgeschrieben ist.

### **Aufgaben der Parteien**

Herr Büttner (FBL Sozialwesen) fragt nach dem Engagement der Parteien, Menschen mit Behinderungen aufzunehmen.

Für Herr Angerbauer bedeutet politische Teilhabe ein spezifisches Klima zu schaffen. Es muss das Gefühl vermittelt werden, dass Menschen mit Einschränkungen sich wahrgenommen und gut aufgehoben fühlen. Politiker müssen demnach mehr Bereitschaft vermitteln, dass sie sich dem Einzelfall zuwenden und den Menschen zuhören. Das politische Engagement von betroffenen Personen in der Politik sieht er

als ein parteiunabhängiges und fraktionsübergreifendes Thema. Es muss allen Menschen aufgezeigt werden, wie wichtig es ist, Betroffene in die Politik zu holen und dass man sich nicht von Bedenken und finanziellen Herausforderungen abschrecken lassen darf.

Herr Unger ergänzt, dass öffentliche Vorbesprechungen der Gemeinderatssitzungen in barrierefreien Gebäuden stattfinden, sodass sie für Jedermann zugänglich sind. Er verdeutlicht den Wunsch von Parteien, Betroffene aufzunehmen.

### **Abschluss der Diskussion und Ausblick auf nächste Arbeitsgruppe**

Herr John beendet die Diskussion mit einem Blick auf die nächste Arbeitsgruppe, in der die besprochenen Themen und Probleme in konkrete Maßnahmenvorschläge umgewandelt werden sollen. Herr Büttner bedankt sich bei allen Anwesenden und beschließt die Sitzung der Arbeitsgruppe Politische Teilhabe/Information. Außerdem sollen weitere Termine der Arbeitsgruppen in Gemeindeblättern und Zeitung erneut veröffentlicht werden.

Für das Protokoll

Laura Rannenberg

Michael John

BASIS-Institut

## ANHANG

### Internetadressen zum Aktionsplan Inklusion:

Protokolle zu den Arbeitsgruppen: <http://www.lk-starnberg.de/B%C3%BCrgerservice/Soziales/Menschen-mit-Behinderungen/Gemeinsam-st%C3%A4rker-Aktionsplan-f%C3%BCr-Menschen-mit-Behinderungen/Arbeitsgruppen>

Termine und Anmeldung zu den Arbeitsgruppen: <http://www.lk-starnberg.de/B%C3%BCrgerservice/Soziales/Menschen-mit-Behinderungen/Gemeinsam-st%C3%A4rker-Aktionsplan-f%C3%BCr-Menschen-mit-Behinderungen/Arbeitsgruppen/Termine-und-Anmeldung>

Materialien der Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel:  
<http://www.ohrmuschel.net/downloads.html>

